

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses der
Stadt Lüdenscheid**

am 14.10.2013

im Besprechungsraum 14, Rathausplatz 2 b

Anwesend:

Vorsitz des Hauptausschusses:

Bürgermeister Dieter Dzewas

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Gordan Dudas MdL
Ratsherr Jan Eggermann

Vertreter für Ratsherrn Ingo Diller
Vertreter für
Erste Stellvertretende Bürgermeisterin
Verena Szermerski-Kasperek

Ratsfrau Eveline Haue
Ratsfrau Ramona Ullrich
Ratsherr Jens Voß

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Norbert Adam
Ratsherr Bernd-Rüdiger Lührs
Ratsfrau Susanne Mewes
Zweite Stellvertretende Bürgermeisterin Ursula Meyer
Ratsherr Björn Weiß

Vertreter für Ratsherrn Rüdiger König

Vertreter für Ratsherrn Oliver Fröhling

von der FDP-Fraktion:

Ratsherr Jens Holzrichter
Ratsherr Oliver Petrosch

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsherr Otto Bodenheimer
Ratsherr Hermann Morisse

Vertreter für Ratsfrau Kirsten Petereit

von der Lüdenscheider Liste:

Ratsfrau Angelika Linnepe

von der Fraktion DIE LINKE

Ratsherr Dietmar Skowasch-Wiers

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Ratsherr Stephan Haase
Ratsherr Peter Oettinghaus

Verwaltung:

Erster Beigeordneter Wolff-Dieter Theissen
Stadtkämmerer Dr. Karl Heinz Blasweiler
Techn. Beigeordnete Marion Ziemann
Herr Martin Bärwolf
Herr Hermann Scharwächter
Frau Petra Noack
Herr Josef Filippek, Personalrat

Schriftführung:

Frau Kerstin Marré

Abwesend:

von der SPD-Fraktion:

Ratsherr Ingo Diller

Erste Stellvertretende Bürgermeisterin
Verena Szermerski-Kasperek

von der CDU-Fraktion:

Ratsherr Oliver Fröhling
Ratsherr Rüdiger König

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Ratsfrau Kirsten Petereit

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 17:55 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen aus der Bürgerschaft vor.

2. Einstellung von Nachwuchskräften 2014 Vorlage: 159/2013

Stadtkämmerer Dr. Blasweiler gibt bekannt, dass die Verwaltung beabsichtige, die Aus-bildungsplätze für das Jahr 2014 im Rechtsverhältnis als Beschäftigte und nicht als Inspektorenanwärter auszuschreiben. Dies ginge auf eine Initiative des Personalrates zurück, der sich dafür ausgesprochen habe, die Ausbildungsstellen nicht nur für Beamte auszuschreiben. Nach gemeinsam erfolgter Prüfung durch Verwaltung und Personalrat könne gesagt werden, dass es weder für die Ausschreibung als Beschäftigte noch als Inspektorenanwärter ausschlaggebende Kriterien gegeben habe. Aus diesem Grunde werde die Ver-waltung dieses Mal versuchsweise in dieser Form ausschreiben.

Zweite Stellvertretende Bürgermeisterin Meyer erkundigt sich, ob die einzustellenden Beschäftigten genauso universell einsetzbar seien wie die Beamten. Des Weiteren möchte sie wissen, ob dem seit länger bestehendem Wunsch des Personalrates hiermit Rechnung getragen worden sei und ob es aus Sicht der Verwaltung Vorteile durch die Einstellung von Beschäftigten gäbe.

Stadtkämmerer Dr. Blasweiler erwidert, dass mittlerweile auch bei hoheitlichen Tätigkeiten Tarifangestellte im Einsatz seien. Es gäbe nur noch wenige Bereiche, in denen explizit rechtliche Vorschriften vorgeben würden, in welchem Rechtsverhältnis die Beschäftigung erfolgen müsse. Eine Aussage, ob es günstiger sei, Beschäftigte oder Beamte einzustellen, könne nicht getroffen werden. Zurzeit könnten nur Annahmen über den Verlauf der Ausbildung und gegebenenfalls über die weitere Berufskarriere erfolgen. Über die Erfahrungen könnte zur gegebenen Zeit im Hauptausschuss berichtet werden.

Ratsherr Holzrichter erklärt, dass das zusätzliche Angebot der Teilzeitausbildung vorbildlich sei. Die Verwaltung möge über das Interesse an diesem Angebot ebenfalls zur gegebenen Zeit im Hauptausschuss berichten.

Der Personalratsvorsitzende, Herr Filippke, berichtet, dass der Personalrat den Fachdienst Personal vor ca. einem Jahr um eine Aufstellung gebeten habe, welche Stellen von Beamten besetzt werden müssten. Hierzu läge bis heute keine Antwort vor. Die Ausführung der gleichen Tätigkeiten durch Beschäftigte und Beamte führten aufgrund der unterschiedlichen staatlichen Behandlung zur Unzufriedenheit. So würde die Leistungszulage nur an Beschäftigte ausgezahlt. Dafür könnten Angestellte ohne ein Studium nur noch bis in die Entgeltgruppe 12 eingruppiert werden.

Nach weiterer kurzer Aussprache fasst der Hauptausschuss bei einer Gegenstimme von Ratsherrn Skowasch-Wiers folgenden

Beschluss:

Der Einstellung von Nachwuchskräften für das Jahr 2014 wird wie vorgeschlagen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	16
Nein-Stimmen:	1

3. Kooperation der Stadt Lüdenscheid mit dem Märkischen Kreis in Ausländerangelegenheiten Vorlage: 123/2013

Ratsfrau Mewes teilt mit, dass die CDU-Fraktion der Vorlage zustimmen werde. Es stelle sich aber die Frage, wie der Betrag von 350.000 €, der nicht im Haushalts-sicherungskonzept eingestellt sei, eingespart werden solle. Des Weiteren möchte sie wissen, wieso die Verwaltung zunächst vorgeschlagen habe, diese Aufgabe in Eigenregie zu übernehmen und wo das hierfür eingeplante Personal nun eingesetzt werde.

Stadtkämmerer Dr. Blasweiler antwortet, dass die Überlegung seinerzeit bei der Erstellung des Haushaltssicherungskonzeptes aus dem zuständigen Fachdienst gekommen sei, diese Aufgabe aufgrund des hohen Ausgabenblocks wieder zurück zu führen. Die Aufgabe sei bereits im Vorfeld von der Stadt Lüdenscheid wahrgenommen worden und man sei mit den Vertragsbedingungen nicht mehr einverstanden gewesen. Gegenstand der Überlegungen sei gewesen, auch zusätzlich Planstellen von Mitarbeiter/-innen, die nicht aus Altersgründen ausscheiden und deren Stellen nicht wiederbesetzt werden, einzusetzen. Des Weiteren sei vorgesehen gewesen, über die Prüfung der Aufgabenkritik Mitarbeiter/-innen aus ihren bis-herigen Tätigkeitsfeldern herauszulösen und für eine andere Aufgabe einzusetzen. Die Mitarbeiter/-innen hätten aufgrund der unterschiedlichen Rechtslagen in den einzelnen

Ländern eine adäquate Ausbildung erhalten müssen. Bei den Verhandlungen mit dem Märkischen Kreis hätte sich unter anderem gezeigt, dass sich die Fallzahlen gegenüber des Ausgangspunktes der Verwaltung erhöht hätten. Dies führe beim Märkischen Kreis dazu, dass von den ursprünglich kalkulierten 4,5 Planstellen auf 5,5 Planstellen aufgestockt werden müsse. Hierdurch sei der zu berücksichtigende Einspareffekt reduziert worden. Der nicht eingestellte Betrag von 350.000 € im Haushaltssicherungskonzept würde zukünftig eingespart über Planstellen, die wider Erwarten frei und nicht wiederbesetzt sowie ursprünglich in dieses Projekt hätten eingebracht werden sollen. Abschließend sei die Verwaltung nach sorgfältiger Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, dass die Aufgabenwahrnehmung durch den Märkischen Kreis die wirtschaftlichere Lösung sei.

Nach weiterer Aussprache empfiehlt der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Rat stimmt der weiteren Übernahme der Aufgaben in Ausländer- und Asylangelegenheiten durch den Märkischen Kreis zu und beauftragt die Verwaltung, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung in der als Anlage beigefügten Form mit dem Märkischen Kreis abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17

**4. Zuschüsse an Integrationsprojekte
Vorlage: 114/2013**

Der Hauptausschuss der Stadt Lüdenscheid fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Das Projekt soll mit 750,00 Euro gefördert werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 17

5. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

5.1. Bekanntgaben

**5.1.1. Erhöhung des Haushaltsansatzes für die Unterhaltung von Straßen;
Beschluss des Hauptausschusses vom 21.01.2013**

Stadtkämmerer Dr. Blasweiler berichtet, dass auf Antrag der FDP-Fraktion der Hauptausschuss am 21.01.2013 im Rahmen der Haushaltsplanberatungen beschlossen habe, den Ansatz aus Verwarnungs-, Buß- und Zwangsgeldern aus der Überwachung des ruhenden Straßenverkehrs um 100.000 € auf 600.000 € zu erhöhen. Die angenommenen 100.000 € sollten zusätzlich für die Straßenunterhaltung ausgegeben werden. Diese Summe sei mit einem Sperrvermerk versehen worden. Zum Stand 14.10.2013 betrage der Stand der Sollstellungen 470.000 €. Voraussichtlich würde der Ursprungsansatz von 500.000 € in diesem Jahr noch erreicht, aber nicht die anvisierten 600.000 €. Eine Aufhebung des Sperrvermerkes sei aufgrund der vorliegenden Zahlen hinfällig.

5.1.2. Planungsauftrag Karolinenstraße

Fachbereichsleiter Bärwolf gibt bekannt, dass der Fachdienst Stadtplanung und Verkehr die Vergabe von Planungsleistungen zum Ausbau der Karolinenstraße als KAG-Maßnahme beabsichtige. Für diese Maßnahme läge zurzeit noch kein Bewilligungsbescheid vor. Da die Beauftragung von Planungsleistungen keinen vorzeitigen Maßnahmenbeginn darstelle und die zeitnahe Erstellung von Planungsleistungen für die Einhaltung der mit dem Fördergeber abgestimmten Zeitschiene zwingend erforderlich sei, beabsichtige die Verwaltung, diese Planungsleistungen ausnahmsweise vor Erhalt des Bewilligungsbescheides zu beauftragen. Die Planungen sollten bis Anfang 2014 abgeschlossen sein und der Ausbau der Karolinenstraße noch im Jahr 2014 erfolgen. Die Größenordnung der Planungskosten beliefe sich auf ca. 17.000 €.

5.2. Beantwortung von Anfragen

5.2.1. Anzahl und Zustand der städtischen Brücken

Die Beantwortung der Anfrage des Ratsherrn Fröhling in der öffentlichen Sitzung des Rates am 30.09.2013 ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

5.2.2. Defekter Aufzug am Sauerfeld nahe der Lünsche Apotheke

Ratsherr Voß bezieht sich auf die vorliegende Beantwortung seiner Anfrage in der öffentlichen gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt sowie Bau und Verkehr am 25.09.2013 und erkundigt sich, bis zu welchem Zeitpunkt noch ein Gewährleistungsanspruch bestehe.

Bürgermeister Dzewas sagt Prüfung und Beantwortung bis zur Sitzung des Rates am 11.11.2013 zu.

Die Beantwortung ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

5.2.3. Zustand der Einmündung Leifringhauser Straße / Versestraße

Die Beantwortung der Anfrage des Ratsherrn Voß in der öffentlichen gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Umwelt sowie Bau und Verkehr am 25.09.2013 ist der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.

5.3. Anfragen

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor.

gez. Dieter Dzewas
Vorsitzender

gez. Kerstin Marré
Schriftführerin